

Konsequenzen aus der Hochwasserkatastrophe für Gewässerschutz, Wasserwirtschaft und natürlichen Klimaschutz

Gemeinsame Handlungsempfehlungen von BDEW und DNR

Die verheerenden Niederschlagsereignisse in Süddeutschland reihen sich ein in eine immer häufiger auftretende Folge an Jahrhunderthochwassern, die den dringenden Handlungsbedarf zum Ausbau von Hochwasserschutzmaßnahmen belegen. Zugleich wird deutlich, dass die Klimakrise auch in Deutschland bereits Wirklichkeit ist. In Zukunft ist weiter mit einer Häufung von Extremwetterereignissen zu rechnen, die in urbanen und ländlichen Räumen hohe Gefährdungen auslösen können. Eine konsequente Hochwasser- und Gewässerschutzpolitik sowie eine deutliche Stärkung von Klimaanpassung und natürlichem Klimaschutz müssen künftig umso mehr dazu beitragen, die Auswirkungen von Extremwetterereignissen abzumildern und neue Strategien im Umgang mit dem Wasser zu entwickeln.

Der Bundesverband der Energie- und Wasserwirtschaft (BDEW) und der Umweltdachverband Deutscher Naturschutzring (DNR) haben sich bereits nach der Hochwasserkatastrophe im Ahrtal im Sommer 2021 mit konkreten Empfehlungen an Bund, Länder und Kommunen gewandt. Im Hinblick auf die notwendige Umsetzung ist seitdem zu wenig passiert, um einen vorsorgenden Hochwasserschutz in der Fläche zu stärken. BDEW und DNR halten daher nachfolgende Maßnahmen für umso dringender erforderlich:

1. Wasserrückhalt in der Fläche fördern

Ein nachhaltiger Wasserrückhalt (Retention) in der Landschaft ist entscheidend, um Abflussspitzen zu reduzieren und eine Versickerung in der Fläche zu fördern. Moore, Wälder und renaturierte Hangflächen können den Wasserrückhalt in der Landschaft sowie das Wasserdargebot für Dürreperioden deutlich verbessern. Durch einen veränderten Anbau und stärkere Wasserhaltung in der Fläche kann bei anhaltender Trockenheit ein Entwässern des Bodens verhindert und der Nährstoffeintrag ins Gewässer verringert werden. Zu diesem Zweck sind vorhandene Drainagen und Entwässerungsgräben zurückzubauen bzw. zu schließen, keine neuen Drainagen mehr zu genehmigen sowie Maßnahmen zur Wiedervernässung von Moorböden und eine Renaturierung von erosionsgefährdeten Flächen im Zufluss zu Bächen und Flüssen zu beschleunigen.

2. Den Flüssen mehr Raum geben

Nur ein Drittel der ehemaligen Überschwemmungsflächen können heute an Flüssen als Retentionsflächen bei Hochwasser geflutet werden. Dadurch hat sich die Abflussgeschwindigkeit bei vielen Flüssen beschleunigt, massive Hochwasserwellen sind die Folge. Um dies zu verhindern, müssen die Flüsse wieder mit den Auenflächen verbunden und die Auen als natürliche Rückhalteräume genutzt werden. Durch die Wiedervernetzung der Flüsse mit der Flussaue wird im Fall eines Hochwassers mit Überflutungen der Eintrag von Nähr- und Schadstoffen in nachfolgende Gewässer gesenkt. Daher ist es auch entscheidend, Vorgaben wie die Einhaltung von Gewässerrandstreifen konsequent umzusetzen.

3. Natürlichen Klimaschutz und Renaturierung stärken

Das Aktionsprogramm Natürlicher Klimaschutz (ANK) bietet zentrale Voraussetzungen, um den natürlichen Hochwasserschutz durch Fördermaßnahmen in Auen, Mooren oder naturnahen Grünflächen in der Stadt bundesweit zu unterstützen. Daher darf das ANK im Bundeshaushalt nicht gekürzt werden, sondern muss langfristig und auskömmlich finanziell abgesichert werden. Darüber hinaus zeigt die Hochwasserkatastrophe, wie wichtig das auf EU-Ebene immer noch verhandelte Nature Restoration Law (NRL) ist. Denn eine gezielte Renaturierung etwa von besonders gefährdeten Hochwasserkulissen ist auch volkswirtschaftlich dringend geboten. Auch auf nationaler Ebene sind hierfür verbindliche Ziele für die Renaturierungspolitik festzulegen sowie die rechtlichen und organisatorischen Voraussetzungen für Renaturierungsmaßnahmen deutlich zu verbessern.

4. Flächenversiegelung stoppen

Versiegelte Böden können kein Niederschlagswasser aufnehmen. Gerade in urbanen Räumen sind viele Flächen versiegelt, was dazu führt, dass Wasser nicht im Boden versickern kann. Dies hat zunehmende Trockenheit und Hitze in den Städten zur Folge. Das Ziel der Bundesregierung, die Versiegelungsrate auf maximal 30 ha/Tag zu reduzieren, ist bis heute nicht erreicht und muss mit zusätzlichen Maßnahmen für einen Netto-Null-Flächenverbrauch unterlegt werden. Zudem muss das bestehende Neubauverbot in Überschwemmungsgebieten konsequent umgesetzt werden.

5. Regenwassermanagement stärken („Schwammstadtkonzept“)

Eine nachhaltige Gewässerschutzpolitik muss die Möglichkeiten verbessern, Wasserressourcen vor Ort zu erneuern. Dies bedeutet, Versickerungsmöglichkeiten und eine Grundwasserneubildung zu ermöglichen sowie die Bildung von abflusswirksamem Niederschlag zu reduzieren. Notwendig ist ein interdisziplinärer Ansatz, der z.B. bauliche Maßnahmen mit dem Gewässerschutz verbindet. Eine „Wasserhaltung“ vor Ort trägt im Klimawandel bei Hitzeperioden zur Kühlung von Städten und Regionen bei. Durch die Anlage von Flutrinnen, Retentionsräumen oder durch eine multifunktionale Flächennutzung können die Auswirkungen von Starkregeneignissen im urbanen Raum zudem wesentlich abgemildert werden.

6. Hochwasserrisiken durch Kartierung transparent machen

Die jüngsten Ereignisse zeigen, dass eine Hochwasserrisikokartierung nach der EU-Hochwasserrisikomanagement-Richtlinie auch an kleinen Gewässern erforderlich ist. Eine vollständige Umsetzung der 2007 verabschiedeten EU-Richtlinie sowie der vorzulegenden Hochwassermanagementpläne sind zum Schutz von Bevölkerung und Umwelt dringend nötig. Maßnahmen zur Verbesserung des Versickerungs- und Wasserrückhaltevermögens von Böden wie auch die Festlegung von Überschwemmungsgebieten sind Teil der Hochwassermanagementpläne. Für die Hochwasseranalyse und -vorhersage sind ausreichend finanzielle Mittel bereitzustellen.

7. Beschleunigter Austausch von Ölheizungen in von Hochwasser gefährdeten Gebieten

Aufgrund der hohen Risiken für Wasserwirtschaft und Umwelt sind Gefahrgüter und Schadstoffquellen wie Ölheizungen in Hochwasserrisikogebieten beschleunigt auszutauschen. Die existierenden Förderprogramme sollten Anträgen aus betroffenen Gebieten höchste Priorität

einräumen und dazu beitragen, dass Ölheizungen und Öltanks in von Hochwasser gefährdeten Gebieten möglichst flächendeckend ersetzt bzw. entfernt werden können.

8. Erosionsschutz stärken

Der Erosionsschutz ist nicht nur in Hanglagen besonders wichtig. Daher sind Maßnahmen zum Humusaufbau im Boden zu fördern sowie Ackerbau in überschwemmungsgefährdeten Gebieten und starke forstliche Eingriffe an Hanglagen auf ihre Erosionswirksamkeit zu überprüfen. Der Erhalt bestehender Wälder, insbesondere von naturnahen Laubwäldern, kann einen wichtigen Beitrag zum Erosionsschutz leisten. In diesem Zusammenhang ist der jüngste Abbau von Mindeststandards in der EU-Agrarpolitik zum Grünlanderhalt und zum Bodenschutz als kontraproduktiv abzulehnen.

9. Umsetzung der Nationalen Wasserstrategie

Angesichts der Hochwasserkatastrophe ist die Nationale Wasserstrategie der Bundesregierung beschleunigt umzusetzen und um konkrete Maßnahmen zum Hochwasserschutz zu ergänzen. Hierzu gehört auch die Durchführung von Sensibilisierungskampagnen zum Schutz vor Hochwasser sowie die Einrichtung von Regenwasseragenturen, um Länder und Kommunen bei der Umsetzung einer nachhaltigen Wasserstrategie zu unterstützen. Fördermittel zur Abwehr von Hochwassergefahren durch Regenwassermanagement, Entsiegelung und Kulturumbau in der Land- und Forstwirtschaft sind verstärkt erforderlich.

10. Dialogprozess zum nationalen Hochwasserschutz starten

Bund und Länder sind gefordert, umgehend einen nationalen Hochwasserschutzdialog mit allen Stakeholdern zu starten, um ein nach Dringlichkeit gestaffeltes Maßnahmenpaket auf den Weg zu bringen. Hierzu stehen BDEW und DNR mit ihrer Expertise als Partner zur Verfügung.

Stand: 06.06.2024